

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!

6

**COVID-19 TRIFFT
SLOWENIEN MASSIV**

10

**CHINA IST WEITER
IM KRISENMODUS**

11

**MOE IN ZEITEN
VON CORONA**

Der Beginn eines neuen Kapitels im nordamerikanischen Handel

Das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) hat die trilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA, Kanada und Mexiko grundlegend verändert. Seit dem Inkrafttreten im Januar 1994 wurden viele tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse beseitigt. Das Handelsvolumen zwischen den NAFTA-Partnern hat sich mehr als verdreifacht. US-Investitionen in Kanada und Mexiko sowie kanadische und mexikanische Investitionen in den USA haben zugenommen und von den 50 US-Bundesstaaten zählen 49 Kanada oder Mexiko zu einem ihrer drei wichtigsten Exportmärkte.

Auch deutsche Unternehmen sind in allen drei Ländern stark vertreten und haben ihre Wertschöpfungsnetzwerke im NAFTA-Raum deutlich ausgebaut. So schaffen mehr als 5.300 deutsche Unternehmen mittlerweile allein in den USA landesweit fast 800.000 Arbeitsplätze. In Kanada beschäftigen circa 700 deutsche Firmen knapp über 55.000 Arbeitnehmer und in Mexiko sind rund 200.000 Beschäftigte 1.900 deutschen Unternehmen zuzuschreiben.

Dennoch haben Kritiker NAFTA immer wieder für eine Vielzahl von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Problemen mitverantwortlich gemacht. Während des US-Präsidentenwahlkampfes 2016 bezeichnete Donald Trump NAFTA beispielsweise als das „schlimmste Handelsabkommen aller Zeiten“. Er führte insbesondere den Verlust von Arbeitsplätzen und das zu-



nehmende Handelsbilanzdefizit der USA auf NAFTA zurück. In der Tat gingen US-amerikanische Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe von fast 16,2 Mio. Ende 1993 auf rund 12,9 Mio. im vergangenen Jahr zurück.

Im selben Zeitraum wandelte sich der US-Warenhandel mit Mexiko von einem Überschuss von 1,7 Mrd. USD in ein Defizit von 101,8 Mrd.

USD um. Das Defizit mit Kanada stieg von 10,8 auf 27 Mrd. USD.

Ob und inwieweit der Verlust von Arbeitsplätzen oder steigende Handelsbilanzdefizite ursächlich mit Abkommen

beitsplätzen, einem Investitionsanstieg in den USA und zu einer erhöhten Nachfrage nach US-Gütern führen soll.

Das Beispiel der verschärften Auto-Ursprungsregeln veranschaulicht diesen Ansatz. Der zollfreie Zugang zum nordamerikanischen Markt ist von entscheidender Bedeutung für die Automobilindustrie - gerade auch für

deutsche Automobilproduzenten und die vielen Zulieferbetriebe. Gemäß den neuen Regulierungen im USMCA müssen 75% des regionalen Wertanteils für Pkws und leichte Lkws und 70% des re-

nehmern hergestellt werden, die durchschnittlich 16 USD pro Stunde verdienen. Insgesamt bringen diese neuen Anforderungen eine zusätzliche Compliance-Belastung für die Automobilindustrie mit sich. Gleichzeitig prognostiziert der US-Handelsbeauftragte (USTR), dass die Auto-Ursprungsregeln über einen Zeitraum von fünf Jahren zu zusätzlichen Investitionen in Höhe von 34 Mrd. USD und 76.000 neuen Arbeitsplätzen in den USA führen werden.

Obwohl USMCA viele Bereiche des alten Abkommens beibehält, werden, neben den erwähnten Auto-Ursprungsregeln, auch wesentliche Änderungen an den Streitbeilegungsmechanismen, dem öffentlichen Beschaffungswesen, den Investitionsbestimmungen und dem Schutz von geistigem Eigentum eingeführt. Zudem werden die Vorschriften in den Bereichen Dienstleistungen, Arbeit und Umwelt modernisiert und neu aufkommende Themen wie digitaler Handel, staatliche Unternehmensbeteiligung, Korruptionsbekämpfung und Währungsmanipulation in den Fokus gerückt.

Viele Unternehmen werden in den nächsten Monaten und Jahren ihre tiefen Wertschöpfungsketten dem neuen Regelwerk des USCMA anpassen müssen. Trotz dieser Anforderungen überwiegt die grundsätzliche Erleichterung, dass die Zeiten der Ungewissheit über den Ausgang der Verhandlungen beendet werden konnten. Das Inkrafttreten des USMCA verspricht wieder mehr Sicherheit und Stabilität im nordamerikanischen Markt. Aus diesem Grund haben auch viele Interessenvertreter der US-Wirtschaft das NAFTA-Nachfolgeabkommen begrüßt, das im November 2018 während des G20-Gipfels in Buenos Aires feierlich von den drei Ländern unterzeichnet wurde.

Trotz der zügigen Unterzeichnung, verzögerte sich mit der Mehrheitsübernahme der Demokraten im Repräsentantenhaus nach den US-Zwischenwahlen am 6. November 2018 die Ratifizierung des USMCA, da die Zustimmung des US-

Kongresses für Handelsabkommen dieser Art notwendig ist. Die Demokraten betonten zum damaligen Zeitpunkt, dass sie das USMCA ablehnen würden, wenn

„Der zollfreie Zugang zum nordamerikanischen Markt ist von entscheidender Bedeutung für die Automobilindustrie“

„Viele Unternehmen werden ihre tiefen Wertschöpfungsketten dem neuen Regelwerk anpassen müssen“



in Zusammenhang gebracht werden kann, ist strittig. US-Präsident Trump ist jedoch seinem Wahlversprechen nachgekommen, die nordamerikanischen Handelsbeziehungen neu zu definieren. Die Neuverhandlungen des Freihandelsabkommens begannen offiziell im August 2017 und wurden nach mehreren Runden ein Jahr später im September 2018 mit der Ankündigung des United States-Mexico-Canada-Agreement (USMCA) abgeschlossen.

Während der Verhandlungen drängte die Trump-Administration auf ein Regelwerk, das zu einem Aufbau von US-Ar-

gionalen Wertanteils für schwere Lkws in Nordamerika hergestellt werden, um vom zollfreien Zugang zu profitieren.

Unter NAFTA lag dieser Prozentsatz bei 62,5%. Zudem sieht USMCA strengere Anforderungen für unterschiedliche Kategorien von Komponenten vor.

70% des Stahls und Aluminiums müssen beispielsweise von nordamerikanischen Zulieferern bezogen werden und 40 bis 45% der Fahrzeuge müssen von Arbeit-

nicht wesentliche Änderungen in den Bereichen Arbeit, Umwelt, Arzneimittel und Rechtsdurchsetzung erfolgen würden. Diese Anliegen waren Gegenstand in den darauffolgenden Gesprächen zwischen dem USTR und einer Arbeitsgruppe demokratischer Kongressabgeordneter.

Abkommen soll am 1. Juli Gültigkeit erlangen

Im Laufe eines Jahres konnte ein Kompromiss erzielt werden, der letztendlich den Weg für die Ratifizierung am 19. Dezember 2019 im Repräsentantenhaus und am 16. Januar 2020 im Senat ebnete. Nach Abschluss der jeweiligen landesspezifischen Verfahren haben die USA, Kanada und Mexiko nun vor Kurzem ihre

Bereitschaft signalisiert, das USMCA am 1. Juli 2020 umzusetzen. Für einige Politiker und Interessenvertreter - insbesondere aus der Automobilbranche - geht dies allerdings zu schnell. Sie sprechen sich für eine verzögerte Umsetzung des USMCA aus, da zum einen die anhaltende Coronavirus-Pandemie die Wirtschaft vor ungeahnte Herausforderungen stelle und zum anderen bestimmte Regulierungen in endgültiger Form noch nicht veröffentlicht seien.

Aus Sicht der Trump-Administration mache die wirtschaftliche Krise aber erneut deutlich, dass die USA mehr denn je Produktionskapazitäten und Investitionen im nordamerikanischen Markt erhöhen sollten. Das USMCA sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Es ist daher zu erwarten, dass das USMCA

am 1. Juli 2020 in Kraft treten und damit eine neue Ära für die Handels- und Investitionsbeziehungen in der Region einleiten wird.

Autorin

Caitlin Hickey,
Leiterin der Government
Relations and Legal
Affairs, Delegierter der
Deutschen Wirtschaft
(RGIT) in Washington, DC



News inside: DZ BANK German Desk Hongkong

Hongkong: Vorbild beim Eindämmen wirtschaftlicher Folgen durch Corona

Die COVID19-Pandemie hat die ganze Welt und somit auch Hongkong vor außergewöhnliche Herausforderungen gestellt. Die Regierung der Sonderverwaltungsregion hat direkt auf die Bedürfnisse ihrer 7,5 Mio. Einwohner reagiert und seit Anfang diesen Jahres Förderungen in Höhe von insgesamt ca. 265 Mrd. EUR zur Unterstützung der betroffenen Industrien und der Öffentlichkeit eingeleitet.

Die selbst definierten Ziele dabei waren: Unternehmen zu helfen, liquide zu bleiben; Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten; finanzielle Belastung von Einzelpersonen und Unternehmen zu verringern; und der Wirtschaft zu helfen, sich zu erholen, sobald die Pandemie eingedämmt ist.

Um diese Ziele zu erreichen, wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Die Regierung sprach unter anderem

eine 6-monatige Einkommensgarantie für Arbeitnehmer aus und unterstützt Arbeitgeber ab Juni finanziell, indem sie 50% des Gehalts der Mitarbeiter zahlt (Obergrenze: ca. 1.100 EUR pro Monat). Im Gegenzug müssen sich die Arbeitgeber verpflichten, ihre Mitarbeiter nicht zu entlassen. Des Weiteren wird ein einmaliger Zuschuss den rund 215.000 Selbständigen gewährt. Darüber hinaus werden die Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr ab dem 1. Juli für 6 Monate um 20% gesenkt, wobei sich die Regierung und die Betreiber die Kosten von ca. 191 Mio. EUR teilen. Die Hongkonger Bankenaufsicht empfiehlt, dass Banken in Hongkong ihren Mittelstandskunden eine 6-monatige Kreditrückzahlungspause gewähren sollen, um deren Liquidität zu sichern. Auch können KMUs einen Kredit von bis zu ca. 480.000 EUR zu einem gerin-

geren Zinssatz beantragen, der von der Hongkonger Regierung zu 100% garantiert wird.

Bei Fragen steht Ihnen der German Desk Hongkong gerne zur Verfügung.

Autorin

Lea Kutschera
DZ BANK AG
German Desk
Hong Kong
9th Floor, Tower II
Admiralty Centre
18 Harcourt Road,
Hong Kong
germandesk.hk@dzbank.de



Russlands Wirtschaft ist schwer angeschlagen

Nachdem Russland lange nur wenige bestätigte Corona-Infektionen gemeldet hatte, steigen die Fallzahlen seit Ende März rapide an. Die Gesundheitsbehörden meldeten Mitte Mai über 240.000 nachgewiesene Corona-Positiv-Getestete. Im internationalen Vergleich liegt Russland damit inzwischen auf Rang zwei hinter den USA. In Moskau, Sankt Petersburg und der Region Nischni Nowgorod werden weiterhin die meisten Corona-Infektionen registriert. In der Hauptstadt gilt eine Schutzmasken- und Handschuhpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln und in Supermärkten.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die landesweite arbeitsfreie Zeit für beendet erklärt. Menschen über 65 Jahre und mit chronischen Erkrankungen müssen jedoch weiterhin zu Hause bleiben. Massenveranstaltungen bleiben verboten. Alle Regionen dürfen selbstständig entscheiden, welche Beschränkungen zu welchem Zeitpunkt aufgehoben werden. In Moskau und Sankt Petersburg bleibt die sogenannte Selbstisolation in Kraft.

Für die meisten Branchen und Betriebstypen gilt eine Zwangspause. Es gibt allerdings Ausnahmen: So dürfen alle für die Grundversorgung der Bevölkerung notwendigen Unternehmen weiterarbeiten, die Betriebe der Chemieindustrie mit kontinuierlichen Produktionsprozessen und die im Schichtbetrieb arbeitenden Kfz-Hersteller. Dennoch wird der wirtschaftliche Preis der Quarantänemaßnahmen hoch sein: Allein die Einschränkungen im April könnten einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von bis zu 2% bewirken, prognostiziert die russische Zentralbank.

Bruttoinlandsprodukt wird massiv einbrechen

Vor allem kleine und mittlere Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit dünner Kapitaldecke kämpfen um ihre Existenz. In zehn besonders stark von der Krise betroffenen Branchen - darunter Tourismus, Gastronomie und Hotellerie - stünden ohne weitere Staatshilfen über 70% der Unternehmen vor dem Bankrott, schlugen Branchenvertreter Alarm. Dadurch seien 5 Mio. Arbeitsplätze in Gefahr. Alle Wachstumsprognosen für das laufende Jahr sind längst Makulatur. Selbst bei

einem „gemäßigten“ Krisenverlauf werde das Bruttoinlandsprodukt 2020 um 3 bis 5% abnehmen, schätzt Alexej Kudrin, Leiter des Rechnungshofes. In einem pessimistischen Szenario sei aber auch ein Rückgang um 8% möglich.

Die russische Zentralbank rechnet in ihrer aktualisierten Prognose damit, dass das BIP in diesem Jahr um 4 bis 6% sinken wird. Für die Zukunft erwartet sie ein Wachstum der russischen Wirtschaft um 2,8 bis 4,8% im Jahr 2021 und um 1,5 bis 3,5% im Jahr 2022. Diesem Szenario liegt ein Durchschnittspreis für Ural-Öl von 27 USD pro Barrel dieses Jahr, auf 35 USD 2021 und 45 USD im Jahr 2022 zugrunde.

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass die russische Volkswirtschaft in diesem Jahr um 5,5% schrumpfen wird. Für 2021 sei ein Wachstum von 3,5% zu erwarten – dies aber von einem krisenbedingt niedrigeren Basisniveau aus.

Den konjunkturellen Tiefpunkt erwarten Experten im zweiten Quartal. Im Zeitraum von April bis Juni könnte die Wirtschaft um bis zu 18% schrumpfen, schätzt die staatliche Bank VEB.RF. Die real verfügbaren Einnahmen gingen dabei um 17,5% zurück.

Niedriger Ölpreis verschärft die Lage zusätzlich

Wie tief die Rezession tatsächlich ausfällt, hängt stark von der Entwicklung des Ölpreises ab. Erdöl ist Russlands wichtigstes Exportgut. Durch das Zusammenspiel aus niedrigem Ölpreis und geringer Nachfrage könnten dem Land in diesem Jahr Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft von rund 165 Mrd. USD entgehen, schätzen Experten.

Die Mitte April im OPEC++ -Abkommen vereinbarten Förderkürzungen können den Ölpreis mittelfristig kaum stabilisieren. Mit dem Ölpreis fällt auch der Rubelkurs, was Importe verteuert. Für einen Euro mussten russische Unternehmen im April 82,13 Rubel hinlegen – gut 10 Rubel mehr als im Jahresdurchschnitt 2019 (Wechselkurs der EZB).

Ausbleibenden Einnahmen stehen in der Coronakrise zusätzliche Ausgaben gegenüber. Die in den Kampf gegen die Pandemiefolgen fließenden Haushaltsgelder

entsprechen 2,8% des BIP, gibt Finanzminister Anton Siluanow an.

In der Folge wird der russische Staatshaushalt 2020 ein Defizit von 5,6 Bill. RUB (rund 68 Mrd. EUR) aufweisen. Circa 36% des Fehlbetrags sollen mit Geldern aus dem Nationalen Wohlfonds abgedeckt werden. Die Zentralregierung und die Regionen gingen mit einem Finanzpolster von fast 18 Bill. RUB in die Krise. Ein Großteil dieser Summe ist jedoch im Nationalen Wohlfonds gebunden und darf nur zur Kompensation der Einnahmeverluste aus dem Öl- und Gasgeschäft aufgewendet werden.

Bei einem anhaltend niedrigen Ölpreis könnte die Regierung daher Schulden von 1 bis 1,5 Bill. RUB aufnehmen, berichtet der Wirtschaftsdienst „Bloomberg“. Es ist damit zu rechnen, dass die Regierung den Haushalt im Laufe des Jahres anpasst und Investitionen verschiebt. Aus einigen der nationalen Projekte zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zog sie bereits Gelder ab.

Mehrheit der Mitgliedsunternehmen spürt die Auswirkungen

Mehr als 60% der Mitgliedsunternehmen der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer sehen sich stark oder sehr stark von der Coronakrise betroffen, ergab eine Umfrage der AHK. Zwei Drittel der in Russland tätigen Unternehmen melden Produktionseinschränkungen infolge der Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung. „Aber unsere Unternehmen sind durch viele Krisen gestählt und werden in ihrer Mehrheit auch durch die Coronakrise kommen“, zeigt sich AHK-Vorstandsvorsitzender Matthias Schepp im Gespräch mit der „Moskauer Deutschen Zeitung“ zuversichtlich.



Weitere Informationen:
<https://russland.ahk.de>



Incoterms® 2020: Gefahrübergang

Der Übergang der Gefahr, d.h. des Risikos des Verlusts oder der Beschädigung der Ware, auf den Käufer steht in der Praxis bei der Anwendung der Incoterms® in der Regel im Vordergrund. Das Zusammenspiel zwischen dem Grundtatbestand des Gefahrübergangs und der Ausnahmetatbestände hierzu wird jedoch oftmals außer Acht gelassen. Nachfolgend werden die Einzelheiten erläutert.

Der Gefahrübergang wird bei allen Incotermklauseln rein formell gesehen in A3 geregelt. Dort wird aber nur abstrakt bestimmt, dass der Verkäufer bis zur Lieferung gemäß A2 alle Gefahren des Verlusts oder der Beschädigung der Ware trägt. Für den Gefahrübergang kommt es somit wesentlich darauf an, wann nach den einzelnen Incotermklauseln jeweils die Lieferung erfolgt ist. Entscheidend für den Gefahrübergang ist daher zunächst die Kombination aus A3 und A2, was als Grundtatbestand des Gefahrübergangs angesehen werden kann.

A3 sieht jedoch bei allen Incotermklauseln vor, dass der Gefahrübergang auf den Käufer unter den in B3 beschriebenen Umständen ausnahmsweise nicht

erst bei Lieferung stattfindet. B3 enthält folglich die Ausnahmetatbestände zum Gefahrübergang. A3/A2 auf der einen Seite und B3 auf der anderen Seite müssen immer in ihrer Gesamtheit betrachtet werden.

Neue Serie: Incoterms® in der Praxis

Gefahrübergang

EXW ist bei alleiniger Betrachtung des Gefahrübergangs die günstigste Klausel für den Verkäufer. Über die F-Klauseln und die C-Klauseln bis zu den D-Klauseln verschiebt sich der Gefahrüber-

gang schrittweise zu Lasten des Verkäufers und zu Gunsten des Käufers.

Ausnahmen zum Gefahrübergang

Bei EXW und den C-Klauseln trägt der Käufer die Gefahr ab dem vereinbarten Lieferzeitpunkt oder nach dem Ende des vereinbarten Lieferzeitraums (EXW, CPT und CIP) bzw. ab dem für die Verschiffung vereinbarten Zeitpunkt oder ab dem Ende dieser Frist (CFR und CIF), wenn er keine Benachrichtigung gem. B10 erteilt, d.h. keine Bestimmung des Zeitpunkts innerhalb eines vereinbarten Zeitraums und/oder der Stelle für die Warenübernahme am benannten Ort (EXW) bzw. des Zeitpunkts der Versendung der Ware und/oder der Stelle für die Entgegennahme der Ware am benannten Ort (CPT und CIF) bzw. des Zeitpunkts für die Verschiffung der Ware und/oder der Stelle für die Entgegennahme der Ware innerhalb des benannten Bestimmungshafens vornimmt.

Bei den F-Klauseln knüpft der Gefahrübergang insbesondere daran an, dass der Käufer keinen Frachtführer benennt oder dieser die Ware nicht übernimmt (FCA) bzw. das vom Käufer benannte Schiff nicht rechtzeitig eintrifft (FAS und FOB), bei den D-Klauseln insbesondere dann, wenn der Käufer die Einfuhrabfertigung nicht vornimmt.

Incoterms® 2020 – Gefahrübergang	
EXW	Verkäufer trägt Risiko, bis er die Ware dem Käufer am genannten Lieferort an der ggf. vereinbarten Stelle zur Verfügung gestellt hat
FCA	Verkäufer trägt Risiko, bis er dem Frachtführer die Ware an der ggf. vereinbarten Stelle am benannten Ort an den Frachtführer geliefert hat: - falls benannter Ort beim Verkäufer: die Ware ist auf das vom Käufer bereitgestellte Beförderungsmittel verladen worden - in allen anderen Fällen: die Ware ist dem Frachtführer auf dem Beförderungsmittel des Verkäufers entladebereit zur Verfügung gestellt worden
CPT	Verkäufer trägt Risiko, bis er die Ware an den Frachtführer übergeben hat
CIP	Verkäufer trägt Risiko, bis er die Ware an den Frachtführer übergeben hat
DAP	Verkäufer trägt Risiko, bis er die Ware dem Käufer auf dem ankommenden Beförderungsmittel entladebereit an der ggf. benannten Stelle oder am benannten Bestimmungsort zur Verfügung gestellt hat
DPU	Verkäufer trägt Risiko, bis er die Ware von dem ankommenden Beförderungsmittel entladen und sie dann dem Käufer an der ggf. benannten Stelle oder am benannten Bestimmungsort zur Verfügung gestellt hat
DDP	Verkäufer trägt Risiko, bis er die Ware dem Käufer auf dem ankommenden Beförderungsmittel entladebereit an der ggf. benannten Stelle oder am benannten Bestimmungsort zur Verfügung gestellt hat
FAS	Verkäufer trägt Risiko, bis er die Ware längsseits des vom Käufer benannten Schiffs an der ggf. vom Käufer bestimmten Ladestelle im benannten Verschiffungshafen verbracht hat
FOB	Verkäufer trägt Risiko, bis er die Ware an Bord des vom Käufer benannten Schiffs an der ggf. vom Käufer bestimmten Ladestelle im benannten Verschiffungshafen verbracht hat

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei NEUSSELMARTIN Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Taunusstr. 72, (Rheinkai 500) 55120 Mainz Tel. 06131/6247170 k.vorpeil@neusselmartin.de www.neusselmartin.de



Slowenien

Slowenien ist eine kleine offene Volkswirtschaft mit nur rund 2 Mio. Einwohnern und umfasst eine Fläche von 20.256 km². Angrenzende Länder sind Italien, Österreich, Ungarn und Kroatien. Slowenien verfügt auch über einen Küstenabschnitt mit direktem Zugang zur Adria.

Slowenien hat 1990 als erster Teilstaat seine Unabhängigkeit von Jugoslawien erklärt und profitiert in dieser Hinsicht auch von seiner politischen wie auch wirtschaftlichen Brückenfunktion zu den übrigen Staaten Ex-Jugoslawiens.

Aufgrund seiner Lage ist Slowenien logistisch bedeutend und verbindet die Donau-, Adria und Alpenregion. Slowenien ist gut in Europa integriert und seit 2004 Mitglied der Europäischen Union (EU) sowie der Nato. Seit dem 1.1.2007 ist Slowenien auch der Europäischen Währungsunion beigetreten und hat den Euro als Landeswährung eingeführt.

Slowenien verfügt über eine gute Infrastruktur sowie stabile staatliche Institutionen. Die Wirtschaft weist einen hohen technologischen Stand sowie eine hohe Produktivität auf. Mit einem Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der EU-28 Staaten von 72% verfügt Slowenien über ein hohes Wohlstandsniveau.



Politische Lage

Die Parteienlandschaft in Slowenien ist seit 2011 zunehmend fragmentiert, was die Bildung von handlungsfähigen Regierungen in Slowenien immer wieder erschwert. Die Zahl der im Parlament vertretenen Par-

teien stieg in den letzten Parlamentswahlen in 2018 von acht auf zehn an. Stärkste Kraft wurde die konservative Slowenische Demokratische Partei (SDS) mit rund 25% der Stimmen. Zweitstärkste Kraft wurde die erstmals bei Parlamentswahlen angetretene Liste Marjan Sarec (LMS). Die LMS ist sozial-liberal und pro-Europäisch ausgerichtet und wird von dem Polit-Quereinsteiger Marjan Sarec geführt. Der SDS unter Führung des zweifachen ehemaligen Ministerpräsidenten Janez Janša gelang es jedoch als stärkste parlamentarische Kraft nicht, eine Koalitionsregierung zu bilden. Janša ist in Slowenien umstritten, da er 2014 zu einer Haftstrafe wegen Korruption verurteilt wurde.



Hauptstadt und zugleich größte Stadt Sloweniens ist das zentral gelegene Ljubljana mit 284.355 Einwohnern.

Die fünf größten Geschäftsbanken

(Bilanzsumme per 31.12.2019 in Mio. EUR)

Nova Ljubljanska Banka d.d.	14174
Nova Kreditna Banka Maribor d.d.	5.106
Abanka d.d.	3.732
SKB Banka DD	3.386
UniCredit Banka Slovenija d.d.	2.800

Er wird auch zunehmend politisch als Rechtspopulist wahrgenommen. Im August 2018 konnte die LMS mit Sarec als Ministerpräsident eine Minderheitsregierung aus fünf Parteien bilden. Im Fokus der Regierungspolitik stand die Weiterführung von Reformen des Arbeitsmarktes sowie des Renten- und des Gesundheitssystems. Jedoch war die Handlungsfähigkeit der Regierung aufgrund der fehlenden Parlamentsmehrheit nur eingeschränkt. Die Regierungszeit war von häufigen Ministerwechseln sowie von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung geprägt. Im Januar 2020 brach die Regierungskoalition auseinander. Im Nachgang konnte im Februar 2020 mit Janez Janša als Ministerpräsident eine neue Mitte-Rechts-Koalitionsregierung aus vier Parteien gebildet werden.

Die neue Regierungskoalition verfügt im Gegensatz zur Vorgängerregierung mit 47 von 90 Mandaten über eine parlamentarische Mehrheit. Die nächsten regulären Neuwahlen finden 2022 statt. Es ist wahrscheinlich, dass die neue Regierungskoalition bis dahin Bestand hat. Aufgrund seiner Umstrittenheit dürfte die Wahl Janšas Slowenien weiter politisch polarisieren. Im Fokus der Regierung stehen insbesondere die Wirtschaftsförderung, die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Durchführung von Energieprojekten zur Erreichung der Klimaziele. Um letztere zu erreichen will Slowenien zukünftig auch weiter die Atomenergie ausbauen. Aber auch die neue Regierung dürfte vor der Herausforderung stehen, das Gesundheits- und Rentensystem zu reformieren.

Wie viele Länder Mittel- und Osteuropas hat Slowenien eine stark alternde Bevölkerung. Die Regierung will einen Pensionsfonds schaffen und die Familienpolitik fördern. Zudem kündigte Janša die Wiedereinführung der Wehrpflicht an. 2020/2021 dürfte die Regierung ihre Politik insbesondere an der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona Pandemie ausrichten. Die Regierung hat bisher sehr umfangreiche wirtschaftliche Hilfspakete auf den Weg gebracht. Slowenien verfügt hierfür über großen fiskalpolitischen Spielraum.

Das erste Hilfspaket umfasste 3 Mrd. EUR (6,7% des BIP) und das zweite Hilfspaket umfasste Garantien i.H.v. 2,5 Mrd. EUR (4,5% des BIP). Des Weiteren hat

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2017	5,1	1,6	0,0
2018	4,2	1,9	0,7
2019	2,4	1,7	0,5
2020s	-6,8	0,6	-7,8

s = geschätzt

Quellen: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt, November 2019; IWF, International Financial Statistics, EIU, eigene Berechnungen

Entwicklungen in der Außenwirtschaft (in Mrd. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2017	3,0	0,6	0,8
2018	3,3	1,1	0,8
2019	3,5	0,8	0,9
2020s	0,8	0,9	0,7

s = geschätzt

Quellen: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt, November 2019; IWF, International Financial Statistics, EIU, eigene Berechnungen

Slowenien als Mitglied der Eurozone Zugang zu den Hilfspaketen der EZB. Ziel der Regierung ist, primär die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Liquidität von Unternehmen zu stärken. Weitere Maßnahmen werden diskutiert. Hierbei geht es um die Einführung von Kurzarbeit nach deutschem Vorbild, Steuerer-

leichterungen sowie möglicher Forcingsankäufe durch den Staat.

Außenpolitisch ist Slowenien stark in die EU eingebunden. Es bestehen gleichzeitig enge Beziehungen zu den USA und zu Russland. Das Verhältnis zum Nachbarland Kroatien wird durch Grenzfragen belastet.



Der Hafen von Koper ist der verkehrsstärkste Containerhafen in der Adria.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Slowenien
(in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2016	4.749	5.501	-752
2017	5.233	5.927	-694
2018	5.579	6.303	-724
2019	5.486	6.331	-845

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Außenhandel, Fachserie 7

Wirtschaftsstruktur

Zu den Hauptstandortvorteilen Sloweniens zählen die moderne Infrastruktur, zuverlässige staatliche Institutionen sowie gut ausgebildete Arbeitskräfte. Logistisch verbindet Slowenien die Donau-, Adria- und Alpenregion. Durch die gute Infrastruktur kann ganz Südosteuropa logistisch erreicht werden. Des Weiteren ist der Hafen von Koper der verkehrsstärkste Containerhafen in der Adria. Für Süddeutschland und Österreich ist der Hafen von Koper der am nächstgelegene Sezugang. Die Wirtschaft ist vom Dienstleistungssektor geprägt, der 64,6% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Von besonderer Bedeutung ist der Tourismus mit einem BIP-Anteil von 12%. Das Land ist dank seiner vielfältigen, weitgehend intakten Landschaft, die Küsten-, Alpen- und Karstregionen umfasst, ausgesprochen attraktiv für Touristen. Der diversifizierte und exportorientierte Industriesektor trägt 33,4% zum BIP bei. Mit einem Ausfuhranteil von rd. 90% am BIP ist Slowenien stark exportorientiert und von der Konjunktur in der EU abhängig.

Der bedeutendste Handelspartner ist Deutschland gefolgt von Italien. Der KFZ Sektor bildet mit einem BIP-Anteil von rd. 10% sowie einem Anteil an den Exporten von rd. 20% hier eine Schwerpunktbranche. Anzumerken gilt, dass die Autoindustrie in Slowenien auch den Bereich der E-Mobilität gut abdeckt. Weitere wichtige Branchen sind die Pharma- und die Elektronikindustrie und der Maschinenbau. Die Wirtschaft ist von Unternehmensverflechtungen, wirtschaftlichen Interdependenzen und einem hohen Staatseinfluss geprägt. Insbesondere im Finanz-, Telekom-, Energie- und Stahlsektor spielen staatliche Unternehmen eine starke Rolle. Der Bankensektor wurde durch die Finanzkrise 2008/2009

hart getroffen. Als Folge wurden 2013 die drei größten staatlichen Banken mit öffentlichen Mitteln saniert. Insgesamt übernahm der Staat zunächst rd. 60% des Bankensektors unter der EU-Auflage, bis Ende 2019, die drei Institute zu privatisieren. Die Bankenprivatisierung wurde 2019 erfolgreich abgeschlossen.

Das Wichtigste in Kürze

- ▶ Slowenien profitiert von seiner politischen wie auch wirtschaftlichen Brückenfunktion zu den übrigen Staaten Ex-Jugoslawiens
- ▶ Aufgrund seiner Lage ist Slowenien logistisch bedeutend und verbindet die Donau-, Adria und Alpenregion
- ▶ Die Wirtschaft ist vom Dienstleistungssektor geprägt
- ▶ Deutschland ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner des Landes
- ▶ Attraktive Geschäftsfelder für deutsche Unternehmen dürften sich künftig insbesondere im Bereich der Umweltinvestitionen, beim Infrastrukturausbau des Bahnnetzes sowie der Holzindustrie ergeben

Slowenien positioniert sich gerade im internationalen Vergleich erfolgreich als Standort für digitale Technologien und bei Blockchain-Anwendungen.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft Sloweniens befand sich seit 2014 auf einem dynamischen Wachstumskurs. Durch die Corona Pandemie wurde dieser jedoch abrupt durch einen drastischen Wirtschaftseinbruch beendet. Während noch im zum Jahreswechsel 2019/2020 für 2020 mit einem Wachstum des BIP von 2,8% gerechnet wurde, dürfte Corona bedingt das BIP 2020 wahrscheinlich zwischen 6 und 8% schrumpfen. 2019 wurde noch ein BIP-Wachstum von 2,9% erreicht. Wachstumsimpulse gingen sowohl von der staatlichen Inlandsnachfrage, dem privaten

Konsum, Investitionen als auch von den Nettoexporten aus. Die Arbeitslosenquote ist ebenfalls seit 2014 rückläufig und betrug 2019 7,6%. Aufgrund von Corona dürfte die Arbeitslosenquote um 2-4%-Punkte ansteigen. Die durchschnittliche Inflationsrate betrug 2019 tragbare 1,7%. Slowenien wies seit 2011 Leistungsbilanzüberschüsse aus, wozu insbesondere die Tourismuseinnahmen beitragen. 2019 erreichte der Leistungsbilanzüberschuss mit USD 3,5 Mrd. 6,5% des BIP. Trotz der Corona-Krise wird für 2020 weiterhin ein Leistungsbilanzüberschuss erwartet. Die Fiskalpolitik ist auf die Haushaltskonsolidierung ausgerichtet. Die öffentliche Hand wurde in 2013 durch die Stützung des Bankensektors stark belastet. Der öffentliche Haushalt erreichte einen negativen Spitzenwert

von 15% des BIP. 2015 konnte er jedoch bereits wieder auf EU-konforme 2,9% zurückgeführt werden. 2019 wurde ein Budgetüberschuss von 0,5% des BIP realisiert. Für 2020 wird Corona-bedingt ein Haushaltsdefizit von 7%-8% erwartet. Die Staatsverschuldung betrug 2019 rd. 66% des BIP. Infolge der fiskalischen Belastungen aufgrund der Corona Krise ist 2020 wird Anstieg auf 86% des BIP prognostiziert. Dies ist im europäischen Vergleich dennoch als moderat zu bewerten.

Die Auslandsverschuldung Sloweniens sinkt seit 2013 und lag 2019 mit 49,7 Mrd. USD leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2018: 51,8 Mrd. USD). Ihr Anteil an BIP und Exporten lag bei tragbaren 93% bzw. 99,8%. Aufgrund der positiven Leistungsbilanzsalden sowie der fiskalischen Konsolidierung sollte die Verschuldungsdynamik tragbar bleiben.

Der überwiegende Teil der Auslandsverbindlichkeiten dürfte in Euro gehalten werden, für die kein Transfer- und Wechselkursrisiko mehr besteht. Das Land verfügt weiter über guten Zugang zu den internationalen Finanzmärkten.

Beziehungen zu EU und Deutschland

Die deutsch-slowenischen Wirtschaftsbeziehungen sind sehr eng verflochten und entwickeln sich dynamisch. Deutschland ist mit einem Anteil von rund 20% an den slowenischen Exporten und von rund 16% an den Importen der mit Abstand wichtigste Handelspartner des Landes. Das bilaterale Außenhandelsvolumen lag 2019 bei rund 11,8 Mrd. EUR. Auf Slowenien entfällt hierbei ein geringer Exportüberschuss von 845 Mio. EUR. Bei den deutschen Exporten dominieren Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugteile und Maschinen, bei den deutschen Importen stehen elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen an erster Stelle. Unter den ausländischen Investoren in Slowenien steht Deutschland nach Österreich, Luxemburg und der Schweiz an vierter Stelle. Etwa 463 deutsche Unternehmen und Unternehmen mit deutscher Beteiligung sind in Slowenien tätig.

Attraktive Geschäftsfelder für deutsche Unternehmen dürften sich zukünftig insbesondere im Bereich der Umweltinvestitionen, beim Infrastrukturausbau des Bahnnetzes sowie der Holzindustrie ergeben. Die deutsche Automobilindustrie könnte bei der E-Mobilitätswende und alternativen Antriebsarten vom slowenische Know-How in Bezug auf Elektromotoren profitieren.

Aussichten

Die wirtschaftlichen Aussichten für Slowenien sind vielversprechend. Zwar wurde der seit 2014 anhaltende dynamische Wachstumstrend Sloweniens 2020 durch die Corona Pandemie abrupt unterbrochen, jedoch hat die slowenische Regierung bisher sehr umfangreiche wirtschaftliche Hilfspakete auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

Slowenien könnte mittelfristig von einer zu erwartenden Verlagerung von internationalen Liefer- und Produktionsketten profitieren. Gründe hierfür sind im Wesentlichen die Offenheit der slowenischen Volkswirtschaft, die gute Infrastruktur sowie die hohe Produktivität und hohe Innovationskraft der slowenischen Industrie. Die slowenische

Hauptimportgüter Slowenien (in Prozent der Gesamteinfuhr 2018)

Chem. Erzeugnisse	15,6
Kraftfahrzeuge und -teile	13,4
Maschinen	9,7
Petrochemie	6,8
Nahrungsmittel	6,7

Quelle: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt, November 2019

Wirtschaft ist auch in Sachen nachhaltige Mobilität und digitale Technologien gut aufgestellt.

DZ BANK AG
Robert Kroll

Nützliche Adressen

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Prešernova cesta 27,
1000 Ljubljana
Slowenien
Telefon: 00386 (0) 1 479-0300
Fax: 00386 (0) 1 425 0899
info@laibach.diplo.de
<http://www.laibach.diplo.de/>

Botschaft der Republik Slowenien

Hausvogteiplatz 3
10117 Berlin
Telefon: 030-206 145 -0
Fax: 030-206145-70
sloembassy.berlin@gov.si
<http://www.berlin.veleposlanistvo.si>

Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer

Poljanski nasip 6,
1000 Ljubljana,
Slowenien
Telefon: 00386 1252 88 60
Fax: 00386 1252 8869
ahk@ahkslo.si

Eckdaten für den Export nach Slowenien

Bevölkerung:
2,1 Millionen

Hauptstadt:
Ljubljana

Währungseinheit:
1 Euro = 100 Cent
ISO-Code: EUR

Wichtige Feiertage:
01. u. 02. Januar Neujahr
27. April Tag des Widerstandes
31. Mai Pfingsten (Sonntag)
25. Juni Staatsfeiertag
15. August Mariä Himmelfahrt
31. Oktober Reformationstag
01. November Allerheiligen
25. Dezember Weihnachten

Zollflughäfen:
Ljubljana

Seehafen:
Koper

Korrespondenzsprachen:
Slowenisch, Deutsch, Englisch, Italienisch

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):
Harmonisiertes System, Verzollung nach dem Transaktionswert.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Unwiderrufliches Akkreditiv, alternativ Vorkasse oder Teilvorauszahlungen, Bankgarantie oder Exportversicherung. Bonität und Zahlungsverhalten sollten vorab geprüft werden, EUR-/USD-Fakturierung üblich. Angebote in deutscher oder englischer Sprache.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
./.

Hinweis: Bei mit /. markierten Ländern handelt es sich um die von der OECD hinsichtlich des Risikos nicht klassifizierten Hocheinkommensländer der OECD und der Eurozone. Es gibt keine OECD-weit gültige Entgeltkategorie. Die Entgeltberechnung erfolgt anhand eines Markttests.

Auszug aus den „Exportbestimmungen anderer Länder“ sowie aus den „Konsulats- und Mustervorschriften“.

„China ist weiter im Krisenmodus“

Das Coronavirus stellt ausländische wie heimische Unternehmen in China vor Herausforderungen. Im Interview mit VR International erklärt Max J. Zenglein, Chefvolkswirt am Mercator Institut für Chinastudien (MERICS), welche Konsequenzen die Krise mit sich bringt und wie sich die globalen Lieferketten in Zukunft ändern könnten.

VR International: China hat die Corona-Krise nach mehr als drei Monaten für weitgehend überwunden erklärt. Folgt nun die Wirtschaftskrise?

Max J. Zenglein: Die chinesische Wirtschaft wird auch noch über das zweite Quartal mit dem Folgen der Pandemie zu kämpfen haben. Das Land ist noch weit davon entfernt, den Normalzustand wiederherzustellen. Viele Unternehmen, insbesondere KMUs, kämpfen ums Überleben. Arbeitsplätze und Einkommen sind weiterhin in Gefahr. Aufgrund der weiterbestehenden Verunsicherung schwächt sich auch der Binnenkonsum. Und die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf die Nachfrage nach chinesischen Exporten stehen erst noch bevor. Im Gegensatz zu der globalen Finanzkrise 2007/08 sieht sich China nun mit seiner ersten Krise seit Beginn der Wirtschaftsreformen Anfang der 1980er Jahre konfrontiert. Der massive Wachstumseinbruch wird spürbare Konsequenzen haben. China ist weiter im Krisenmodus.

VR International: Wie lange dauert es, bis auch die globalen Lieferketten wieder aufgestellt sind?

Max J. Zenglein: Die eng getakteten globalen Lieferketten sind zweifelsohne im Zuge der Krise aus dem Tritt geraten. Zudem wurden der Welt die Anfälligkeit und die jeweilige Abhängigkeit - vor allem von China - vor Augen geführt. Es ist davon auszugehen, dass sich Unternehmen und Regierungen intensiver mit dem Thema Lieferkettensicherheit auseinandersetzen werden.

Der Prozess zur Umstellung der globalen Lieferketten wird an Fahrt gewinnen, aber je nach Branche unterschiedlich lange dauern. Das wird sicher einige Jahre in Anspruch nehmen. So schnell lassen sich komplexe Lieferketten etwa in der Elektronik nicht umstellen.

VR International: Schon durch den Handelskrieg mit den USA wandten sich einige Unternehmen verstärkt nach Südostasien. Verstärkt die Corona-Krise diese Entwicklung noch?

Max J. Zenglein: Die Corona-Krise ist ein weiterer Weckruf für international tätige Unternehmen. Aber die politischen Risiken, denen die globalen Lieferketten ausgesetzt sind, sind schon im Zuge der zunehmenden Rivalität zwischen den USA und China offensichtlich geworden. Es ist daher im Interesse der Firmen, die eigenen Lieferketten zu überdenken. Die Globalisierung der vergangenen 30 Jahre erfolgte im Wesentlichen ohne eine Beeinträchtigung durch politische Risiken. Das ändert sich nun mit gravierenden Auswirkungen. Die Neuausrichtung in Südostasien, aber auch in Europa wird ein durchaus schmerzhafter, aber notwendiger Schritt sein.

VR International: Werden sich die globalen Lieferketten in Zukunft anders aufstellen müssen?

Max J. Zenglein: Ganz bestimmt. Wichtig dabei ist, dass die Neuaufstellung nicht das Ende der Globalisierung bedeutet. Es geht darum, Lieferketten zu diversifizieren, um die Risiken in einer komplexer gewordenen Welt minimieren zu können. Allzu starke Abhängigkeiten von einzelnen Ländern für Schlüsselkomponenten, etwa im Bereich der Elektronik, aber - wie wir aktuell beobachten - auch bei einfachen Produkten wie Schutzmasken sind gefährlich. Insbesondere die starke Abhängigkeit von China - einem autoritären Land, mit dem demokratische Länder keine Wertegemeinschaft haben - ist dabei zunehmend problematisch.

Die Regierungen in Japan und auch in Taiwan sind den Risiken dabei ganz besonders ausgesetzt und haben bereits reagiert. So setzen die Regierungen kon-

Interview mit ...

Max J. Zenglein
Chief Economist
max.zenglein@mercics.de



krete Anreize für Unternehmen, die Abhängigkeiten reduzieren. Dabei geht es darum, Kapazitäten in anderen Ländern aufzubauen, insbesondere in Südostasien, aber auch im eigenen Land. Einheimische Unternehmen sollen dazu gebracht werden, Schlüsselkomponenten selbst herzustellen, wenn diese etwa von chinesischen Unternehmen dominiert werden.

VR International: Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass das EU-China Comprehensive Agreement on Investment (CAI) noch dieses Jahr abgeschlossen wird?

Max J. Zenglein: Ein Zustandekommen noch in diesem Jahr war schon vor der Corona-Krise schwierig. Die ohnehin komplexen Verhandlungen dürften nun nicht einfacher geworden sein. Auch wenn vonseiten der Politik großes Interesse besteht, zu einem Abschluss zu kommen, wäre es falsch, Kompromisse etwa beim Marktzugang zu machen.

Die Verhandlungen zwischen China und der EU befinden sich derzeit in einer kritischen Phase. Wie so oft steckt der Teufel im Detail. Die langfristigen Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen machen es aber umso notwendiger, dass die getroffenen Vereinbarungen so konkret wie möglich ausfallen. Mit einem ambitionierten Vertrag, der die wesentlichen Probleme europäischer Unternehmen nicht angeht, ist keinem geholfen. Die EU jedenfalls darf während der momentanen Wirtschaftskrise keine Schwäche zeigen und keine unnötigen Kompromisse machen.

Corona-Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa

Wie der Rest der Welt wurden auch die Staaten in Mittel- und Osteuropa von der Coronapandemie schwer getroffen. Aus wirtschaftlicher Sicht ist hierbei besonders bedeutend, dass Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn als offene Volkswirtschaften stark in internationale Lieferketten eingebunden sind und die konjunkturelle Entwicklung entscheidend vom Außenhandel abhängig ist. Wir geben einen Überblick über die Situation in den genannten Ländern.

Polen

Am 4. März meldete Polen die erste Infektion mit dem Virus SARS-CoV-2, seitdem steigt die Zahl der Covid-19-Erkrankungen. Am 15. März folgte die Einführung von Grenzkontrollen, die zu kilometerlangen Staus führten.

Mitte Mai wurde die Maßnahme vorerst bis zum 12. Juni verlängert. Der Gütertransport ist von den Einreisebeschränkungen für Ausländer ausgenommen. Polens Grenzschutz informiert auf seiner Internetseite (<https://granica.gov.pl>) in polnischer Sprache über die aktuellen Wartezeiten an der Grenze.

Das Gesundheitsministerium hatte zu Beginn der Coronakrise die Exportverbotsliste von Medikamenten und medi-

zinischem Equipment um 1.000 Waren erweitert. Die Verordnung wurde mittlerweile mehrmals geändert. Neue Versionen der Exportverbotsliste werden im Gesetzblatt des polnischen Gesundheitsministeriums veröffentlicht (<http://dziennikmz.mz.gov.pl>).

Am 16. April hat die Regierung einen Fahrplan (<https://www.gtai.de>) für eine Exit-Strategie vorgestellt, um die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit schrittweise zu lockern. Die erste von insgesamt vier Phasen hat am 20. April begonnen. Die zweite Phase begann am 4. Mai.

Aus Sicht von Lars Gutheil, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der AHK Polen, ist die Coronakrise eine noch größere Herausforderung für die polnischen Unternehmen als die Finanzkrise. „Gerade kleine und mittlere Unternehmen vieler Branchen werden die nächsten Monate nur überstehen, wenn die Regierung konsequent und nachhaltig die Liquidität fördert und dabei hilft, Arbeitsplätze zu erhalten. Geschieht dies nicht, droht eine Kettenreaktion in zahlreichen Sektoren, die eine lange Rezession nach sich ziehen kann“.

Die Auswirkungen auf den Außenhandel lassen sich bisher schwer abschätzen. Einen ersten Eindruck über die aktuelle Handelsentwicklung bietet die Konjunkturumfrage vom April: Jedes zweite be-

fragte Industrieunternehmen berichtete von einer Verschlechterung der Auftragslage aus dem Ausland. Nur 4,8% verbuchten einen Zuwachs.

Einen grundsätzlichen Produktionsstopp für nicht lebenswichtige Industrien wie in Spanien oder Italien gibt und gab es in Polen nicht. Ein Teil der Industrieunternehmen hatte die Produktion zeitweise unterbrochen. Vor allem in der Automobilindustrie wurden viele Bänder gestoppt.

Tschechien

Die strengen Maßnahmen, mit denen die tschechische Regierung früh auf die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 reagierte, zeigen Wirkung. Bei Infektions- und Todeszahlen pro 1 Mio. Einwohner gehört Tschechien in der EU zu den weniger stark betroffenen Ländern (Rang 16 und 18). Täglich informiert das Gesundheitsministerium über die Entwicklung der Zahlen in einer Übersicht zu den Covid-19-Erkrankungen in Tschechien (<https://onemocneni-aktualne.mzcr.cz>).

Seit Ostern findet eine phasenweise Reanimation der Wirtschaft statt. Die Regierung folgt dabei inzwischen einem beschleunigten Zeitplan der Rückkehr in die Normalität (<https://www.gtai.de>); sie hat die Ausgangsbeschränkungen aufgehoben und

die Reiseverbote gelockert. Seither dürfen Geschäfte mit 2.500 qm Fläche wieder öffnen, die einen eigenen Eingang haben. Wie auch anderswo in der EU hatten die Automobilhersteller für mehrere Wochen geschlossen, was die Zulieferindustrie in Mitleidenschaft zog und große Teile der Branche paralyisierte. Sukzessive fährt die Kraftfahrzeugindustrie den Motor wieder hoch, wenn auch zunächst in weniger Schichten.

Die Stimmung ist im Keller. So ist der Index der wirtschaftlichen Einschätzung im April gegenüber dem Vorjahresmonat derart eingebrochen, wie es das Tschechische Statistikamt seit Beginn der Erhebung nicht erlebt hat.



Das Finanzministerium geht von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um real 5,6% aus. Am stärksten dürften der Außenhandel und die Bruttoanlageinvestitionen einbrechen.

Eine Analyse, die die staatliche Agentur „CzechTourism“ erstellen ließ, rechnet für den Fall, dass die Reisebranche sich vor den Sommerferien wieder belebt, mit Verlusten von 5,2 Mrd. EUR und dem Verlust von 80.000 Arbeitsplätzen.

Slowakei

Die Slowakei gehört zu den Ländern mit den wenigsten registrierten Covid-19-Erkrankungen. Mehr als fünf Wochen nach den ersten Infektionen waren bis Mitte April „erst“ acht Menschen an den Folgen gestorben. Das slowakische Gesundheitsministerium informiert täglich über die aktuellen Zahlen (<https://korona.gov.sk/>). Erreicht wurde diese Entwicklung durch drastische Maßnahmen. Die schnelle Auslösung des Notstandes am 13. März und die Einfrierung des sozialen und weiter Teile des geschäftlichen Lebens hatten jedoch schwere wirtschaftliche Folgen.

Einen Einblick in die Situation der Unternehmen liefert eine Kurzumfrage unter 150 deutschen, österreichischen und schwedischen Unternehmen, die die AHK Slowakei kurz vor Ostern vorstellte. Die meisten gehen 2020 von niedrigeren Erlösen aus als im Jahr zuvor. Mit Einbußen zwischen 25 und 50% rechnen 37% der Firmen. Ein Drittel glaubt, dass der Rückgang unter 25% bleibt. Ein Zehntel der Befragten sieht mehr als die Hälfte seiner Umsätze wegbrechen.

Die Covid-19-Krise trifft den Arbeitsmarkt in einem vergleichsweise günstigen Moment. 2019 fiel die Arbeitslosenrate auf einen neuen Niedrigstand von 5,8%. Auch zeigten im Februar über 90.000 Vakanzen einen Arbeitskräftemangel an, der in der Krise als Puffer wirken könnte. Durch die Pandemie erwartet die Regierung einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 3 Prozentpunkte auf 8,8%.

Um Entlassungen zu verhindern, hat die Regierung Kurzarbeitsregelungen eingeführt. „Die Einführung der Kurzarbeit hilft den Unternehmen dabei, diese schwierigen Zeiten zu überwinden“, sagt Peter Kompalla, Geschäftsführer der AHK Slowakei. Er verweist dabei auf die Blitzumfrage, in der fast drei Viertel der Unternehmen Kurzarbeit als die wichtigste Hilfsmaßnahme bezeichnen.

Ungarn

Um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, hat die ungarische Regierung am 11. März die „nationalen Gefahrenlage“ ausgerufen. Am 30. März folgte die Verabschiedung eines stark umstrittenen Notstandsgesetzes durch das Parlament. Es räumt der Exekutive weitgehende Vollmachten im Kampf gegen die Pandemie ein.

Es zeichnet sich bereits jetzt ab: Das wirtschaftliche Wachstum wird 2020 auf jeden Fall deutlich geringer ausfallen, als vor der Krise prognostiziert. Wahrscheinlicher ist eine Rezession.

Konkrete Prognosen der Regierung liegen noch nicht vor. Die wirtschaftlichen

Ausfälle infolge der Coronakrise bezifferte Kanzleramtsminister Gergely Gulyás jedoch auf umgerechnet 400 Mio. EUR pro Woche. Auf dem „verwöhnten“ Arbeitsmarkt drohe jetzt die Umkehrung des bisherigen positiven Trends - und damit ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit.

DUIHK-Geschäftsführer Gabriel Brennauer ist dennoch optimistisch. Sobald die Pandemie vorbei ist, werde Ungarn wieder zu seiner alten Stärke finden, sagt Brennauer.

Im Gegenteil - Ungarn kann daraus sogar als Gewinner hervorgehen. Denn die Krise habe die Anfälligkeit von zu weit entfernten und verzweigten Liefer- und Bezugsketten schmerzhaft deutlich gemacht. Hier könnte Ungarn künftig als verlässlicher Partner deutscher Unternehmen „in der Nähe“ punkten, ist sich Brennauer sicher.

Infoseiten der Regierungen:

Polen:

<https://www.gov.pl/web/koronawirus>

Tschechien:

<https://www.mpo.cz/cz/rozcestnik/koronavirus/>

Slowakei:

<https://korona.gov.sk/>

Ungarn:

<https://vali.ifka.hu/hu>



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DZ BANK AG, Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG VERLAG, E-Mail: akoeller@dgverlag.de
Verlag: Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
Vertreten durch den Vorstand:
Peter Erlebach (Vorsitzender), Franz-J. Köllner und Mark Wülfinghoff,
Leipzig Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Stuart Miles/Shutterstock.com, RGIT, DZ BANK, NEUSSELMARTIN, M.J. Zenglein, Shutterstock
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Deutschen Genossenschafts-Verlages eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.